

**Bekanntmachung
zur
Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü.**

**am Mittwoch, den 28.06.2023, um 16:00 Uhr,
Wappensaal des Rathauses, Rückermainstraße 2, 97070 Würzburg**

Tagesordnung:

1. Smarte Region Würzburg / Strategie- und Maßnahmenprüfung durch den Fördermittelgeber
2. Smarte Region Würzburg - Forschungsk Kooperation mit der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (JMU) zur Wirkungsmessung
3. Vorstellung des Konzepts eines "Childhood Haus" in Würzburg
4. Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet und Abstimmung Fahrpläne der APG und der WSB
5. Antrag: Für einen Bahnhalt epunkt Würzburg-Nord/Gerbrunn
6. Sonstiges

Sitzungsvorlage	Termin	Vorlage: StabL/018/2023
		öffentlich
Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	28.06.2023	

Fachbereich:	S - Stabsstelle Landrat	Datum:	05.06.2023
Bearbeiter:	Herr Dröse	AZ:	S-SMR 2023-2

Betreff:

Smarte Region Würzburg / Strategie- und Maßnahmenprüfung durch den Fördermittelgeber

Sachverhalt:

Das Strategiepapier der Smarten Region Würzburg unter dem Titel „Menschlich aus der Krise - Strategie der Smarten Region Würzburg zur Stärkung der sozialen Resilienz“ und die darin beinhalteten Maßnahmen wurden am 10. März 2023 durch den Kreistag und am 23. März 2023 durch den Stadtrat nach vorausgehender Befassung durch den Interkommunalen Ausschuss stadt.land.wü. (IKA) beschlossen.

Seit 3 Juni 2023 liegt ein erster Entwurf des Prüfungsergebnisses des Fördermittelgebers, das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und die KfW-Bank (KfW) vor.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Strategie in ihrer Gesamtheit genehmigt worden ist. Drei der im Strategiepapier aufgeführten Maßnahmen, „Heimatforum“, „Smart City Hub“ und „Wue App“ wurden mit geringfügigen Auflagen und Anregungen, die unproblematisch umzusetzen sein sollten, genehmigt.

Die Maßnahme „Heldenhelfer“ wurde ebenfalls genehmigt, aber mit klärungsbedürftigen Auflagen versehen. Bei den Maßnahmen, „Wie geht’s“, „Mach mit“ und „Changelab“ gibt es umfangreicheren Gesprächsbedarf.

Die Gesamtstrategie wird, da sie genehmigt wurde, beibehalten. Anpassungen werden nur in den einzelnen Maßnahmen erforderlich werden. Ziel ist es die inhaltliche Ausrichtung auch in den Maßnahmen, wie geplant, umsetzen zu können.

Dazu muss in den anstehenden Gesprächen mit der Koordinierungsstelle (KTS) und vor allem dem BMWSB und der KfW geklärt werden, wie z.T. im Widerspruch zu den bisherigen Vorgaben stehende Auflagen einvernehmlich und projektkonform umgesetzt werden können. Ein Gesprächstermin mit allen Beteiligten wurde bereits angefragt. Erste Gespräche sollen, wenn möglich, noch vor der Sitzung des IKA geführt werden, sofern der Fördermittelgeber ein Terminfenster anbieten kann. Dann könnte eine Information über die notwendigen Anpassungen in den einzelnen Maßnahmen bereits im IKA erfolgen. Sollte es nicht möglich sein, in diesem engen Zeitfenster alle offenen Fragen einvernehmlich zu klären, könnte dies zu einer Verzögerung des Beginns der Umsetzungsphase für die in Rede stehenden Maßnahmenpakete führen.

Die Information über die Modifikation der Maßnahmen würde dann in den nächstmöglichen Gremienläufen (Stadtrat, Kreistag, Kreisausschuss, IKA, je nach zeitlicher Erreichbarkeit) erfolgen.

Es wird diesbezüglich auf den mündlichen Vortrag und die Präsentation im Rahmen der Sitzung verwiesen. Die Ausführungen dienen zur Kenntnis.

Sitzungsvorlage	Termin	Vorlage: StabL/017/2023
		öffentlich
Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	28.06.2023	

Fachbereich:	S - Stabsstelle Landrat	Datum:	05.06.2023
Bearbeiter:	Herr Dröse	AZ:	S-SMR-2023

Betreff:

Smarte Region Würzburg - Forschungsk Kooperation mit der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (JMU) zur Wirkungsmessung

Sachverhalt:

Am 10. März 2023 und am 23. März 2023 wurde die Strategie der Smarten Region „Menschlich aus der Krise – Strategie der Smarten Region Würzburg zur Stärkung der sozialen Resilienz“ durch Kreistag und Stadtrat beschlossen. Ende März wurde die Strategie dem Fördermittelgeber bestehend aus dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), der KfW Bank (KfW) und der durch das BMWSB beauftragten Koordinierungs- und Transferstelle übersandt.

Die Strategieprüfung beim Fördermittelgeber läuft. Eine Mitteilung zum aktuellen Stand der Prüfung ist Gegenstand eines gesonderten Tagesordnungspunkts dieser Sitzung. Die Maßnahmen, die in der Strategie detailliert beschrieben werden, werden nun aus der Strategie- in die Umsetzungsphase überführt.

Ein wichtiges Förderkriterium ist eine systematische Wirkungsanalyse. Es müssen Erkenntnisse über die soziale Resilienz von Bürgern und Bürgerinnen und eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung gewonnen werden. Genauso müssen die Auswirkungen der Maßnahmen der Smarte-Region-Strategie gemessen werden. Die Auswirkungen der Maßnahmen auf die soziale Resilienz der Region muss sichtbar werden.

Eine einfache Übernahme von bereits existierenden Kennzahlen und die schlichte Erfassung ihrer Werte in der Region Würzburg ist nicht möglich. Zwar gibt es bereits erste Studien, die sich mit Digitalisierungsprozessen in Städten und Gemeinden befassen, jedoch sind diese i.d.R. auf ein bestimmtes Untersuchungsgebiet begrenzt und lassen sich nicht ohne Weiteres auf andere Räume Deutschlands übertragen. Und obwohl die soziale Dimension ein entscheidender Bestandteil einer erfolgreichen Stadtentwicklung im Sinne einer Smart City ist, gibt es hier eine große Forschungslücke.

Um die spezifischen Bedürfnisse und Erfahrungen Würzburgs auf dem Weg zu einer Smarten Region zu erfassen und Maßnahmen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, bedarf es demnach spezifischer Erhebungen mit dem Untersuchungsgebiet von Stadt und Landkreis Würzburg.

Würzburg kann hier als Pionier voranschreiten und im Sinne der Förderziele des BMWSB ein innovatives Analysedesign entwickeln, das dann auch als Modell anderen Städten dienen kann. Ein enger Austausch mit Freiburg i. Br. und Köln, die ebenfalls eine systematische Wirkungsanalyse planen, ist hierfür vorgesehen. Darüber hinaus haben zahlreiche Städte und Gemeinden zwar damit begonnen, Digitalisierung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten, allerdings gibt es bisher noch keine Erfahrungen mit

systematischer Wirkungsanalyse.

Derzeit ist geplant, anhand von zwei repräsentativen Umfragen in der Stadt und im Landkreis Würzburg am Anfang der Umsetzungsphase (Frühjahr 2024) und im letzten Jahr der Umsetzungsphase des Projekts (Frühsommer 2026), ein möglichst umfassendes Verständnis über die soziale Resilienz der Menschen in der Smarten Region Würzburg am Anfang und am Ende des Projekts zu erwerben. Repräsentative Umfragen erlauben es, gesellschaftliche Veränderungsprozesse abzubilden und die Effektivität strategischer Interventionen zur Steigerung der sozialen Resilienz in Würzburg zu bewerten. Neben der Ermittlung des Status-quo und später der Auswirkung des Projekts, können die gewonnenen Erkenntnisse wichtige Synergien zu anderen geplanten Vorhaben von Stadt und Landkreis ergeben, z. B. durch Identifikation von priorisierten gesellschaftlichen Anliegen der Bürger:innen, Partizipationsbereitschaft oder Informationsbedarfen.

Das interdisziplinäre Team von Stadt und Landkreis Würzburg strebt eine öffentlich-rechtliche Kooperation mit der Julius-Maximilians-Universität (JMU), insbesondere mit der Professur Sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung (geleitet von Jun.-Prof. Dr. Ulrike Zeigermann) an. Die JMU kann in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Smarten Region die notwendigen Schritte zur systematischen Wirkungsanalyse vorbereiten und durchführen. Sie verfügt über das nötige wissenschaftliche Know-how zur Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse. Die gewonnenen Daten und Forschungsergebnisse sind von öffentlichem Interesse und werden daher der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

Vorgesehen ist zudem eine gerechte Lastenverteilung der durch das Projekt anfallenden Kosten und Ressourcen, die dem erwartbaren Nutzen für beide Partner entspricht. Die JMU wird sich durch eigenes Personal und die Übernahme eines Sachkostenanteils mit einbringen. Überschlägig wird dieser Eigenanteil der JMU für das Gesamtprojekt etwa 65.000 Euro pro Befragung (insgesamt für beide Erhebungen 130.000 Euro) betragen. Die sonstigen, von der Smarten Region Würzburg zu tragenden Kosten werden derzeit auf ca. 90.000 Euro pro Erhebung (insgesamt für beide Erhebungen 180.000 Euro) geschätzt.

Die notwendigen Mittel sind im Haushalt bei der Smarten Region eingeplant und werden zu 65 v. H. gefördert. Erfahrungen bei der Stadt Würzburg selbst mit derartig gelagerten Projekten (z. B. Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten) und Anfragen in anderen Städten haben ergeben, dass sich der Kostenrahmen für ähnliche Projekte im Bereich 100.000 - 150.000 Euro pro Erhebung (je nach Komplexität eher darüber) bewegt.

Die Ausführungen dienen zur Kenntnis und zur Vorinformation. Der ausformulierte Kooperationsvertrag mit der JMU mit ausführlicher Projektbeschreibung wird dem Stadtrat voraussichtlich im Herbst 2023 zur Beschlussfassung vorgelegt. Nachdem die Stadt Würzburg Projektträger und Kooperationspartner ist, ist eine Beschlussfassung im Kreistag nicht notwendig.

Sitzungsvorlage Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage: GB3/007/2023
		öffentlich

Fachbereich:	GB3 - Amt für Jugend und Familie	Datum:	13.06.2023
Bearbeiter:	Herr Schumacher	AZ:	

Betreff:

Vorstellung des Konzepts eines "Childhood Haus" in Würzburg

Sachverhalt:

Die Thematik sexualisierter bzw. körperlicher Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen ist durch zahlreiche Missbrauchsskandale stärker ins das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Wenn ein Missbrauchs- oder Misshandlungsfall aktenkundig wird und Ermittlungen eingeleitet werden, folgen derzeit für die Kinder oftmals mehrfache und re-traumatisierende Befragungen und Untersuchungen.

Durch ein übergreifendes Case-Management könnten Belastungen reduziert werden. Dies geschieht beispielsweise in den sogenannten „Childhood Häusern“, die eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrungen bieten. In den Childhood Häusern kommen die beteiligten Stellen zu den Betroffenen, und nicht umgekehrt. Zur Zeit existieren bereits acht Childhood Häuser in Deutschland, am 15.06. wurde das erste für Bayern in München eröffnet.

Professor Dr. Romanos von der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik & Psychotherapie und Professor Dr. Härtel von der Kinderklinik und Poliklinik stellen das Konzept für ein Childhood Haus für die Region Würzburg vor.

Sitzungsvorlage	Termin	Vorlage: StabL/019/2023
		öffentlich
Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	28.06.2023	

Fachbereich:	S - Stabsstelle Landrat	Datum:	07.06.2023
Bearbeiter:	Herr Dröse	AZ:	S-IKA 2023- 2/19-12-2022

Betreff:

Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet und Abstimmung Fahrpläne der APG und der WSB

Anlage/n:

Sachverhalt:

In der Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. (IKA) am 19.12.2022 wurden u. a. folgende Beschlüsse beim TOP Ö5 gefasst:

Punkt 1. Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet, einschließlich der Bahnhaltdepunkte. Dabei soll auch auf eine Optimierung der Umsteigebeziehungen am Busbahnhof durch Neubelegung der Bussteige eingegangen werden.

Punkt 2. Abstimmung der Fahrpläne der APG und der WSB aufeinander sowie auf den Fahrplan der DB, sodass regelmäßig funktionierende Umsteigebeziehungen mit angemessener Umsteigezeit entstehen sowie die Möglichkeit der Umsetzung von Fahrplanabstimmungen bis zum Start der Taktverdichtung der Straßenbahn.

Die Ausführungen der Verwaltung zur Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet und der Abstimmung der Fahrpläne der APG und der WSB (Vorlage Nr. 06/0600-5091/2022) werden zur Kenntnis genommen. Die weitere Befassung erfolgt in den jeweils zuständigen Gremien von Stadt und Landkreis.

Definition von geeigneten Umsteigepunkten im Stadtgebiet

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es bereits eine Vielzahl von Verknüpfungspunkten zwischen dem Regionalverkehr, dem Schienenpersonennahverkehr und dem Stadtverkehr. Die wichtigste Schnittstelle ist hier der Busbahnhof, gefolgt von den Umsteigehaltstellen „Sanderring“, „Königsberger Straße“ und „Bürgerbräu“. Diese sind auch infrastrukturell für eine Umsteigebeziehung ausgelegt, bzw. es existieren laufende Ausbauplanungen. Daneben gibt es noch eine Vielzahl nachgeordneter Umsteigepunkte, wie z.B. die Haltestellen „Reuterstraße“, „Steinbachtal“ und „Ehehaltenhaus“, an denen regelmäßig Linien verknüpft sind, die mit weniger Infrastruktur auskommen.

Zusätzlich gibt es noch Verknüpfungspunkte zwischen dem Stadtverkehr und dem Schienenpersonennahverkehr. Diese sind weitestgehend durch die räumliche Positionierung der Bahnhaltdepunkte vorgegeben. Bis auf den Bahnhof Zell sind alle Halte mit dem Stadtverkehr

erschlossen. Der Bahnhof Zell soll perspektivisch direkt an die Rothofbrücke angebunden und dort eine Busverknüpfung geschaffen werden. Bis dahin wird geprüft, eine Buswendestelle in Bahnhofsnähe einzurichten.

Aktuell werden Optionen für zusätzlich zentrale Umsteigepunkte im Stadtgebiet vorgeschlagen, an denen die Regionallinien aus dem Landkreis Würzburg mit dem Stadtverkehr verknüpft werden könnten. Beispielsweise könnte die Haltestelle „Talavera“ zusätzlich durch die regionale Linie 520 bedient werden. Allerdings können hier Umsteigebeziehungen zwischen den die Haltestellen tangierenden Linien nicht, oder nur unzureichend realisiert werden, da eine geeignete Haltestelleninfrastruktur oder Fußwegeverbindung fehlen.

Bei überschlägiger Betrachtung scheinen diese Punkte grundsätzlich Sinn zu ergeben. Der nötige Infrastrukturausbau setzt jedoch voraus, dass bezüglich der Linienführung der Busse eine langfristige Konstanz besteht. In diesem Kontext sind im Stadtgebiet jedoch weitgehende Änderungen abzusehen, die aus der Neuordnung der Verkehre und des Straßenraums durch die Straßenbahnlinie ins Hubland herrühren. Insbesondere durch die baulichen Änderungen, die bereits planfestgestellt sind, werden Eingriffe in die bisherige Linienführung unumgänglich.

Der Ausbau von zusätzlichen Umsteigehaltestellen, außerhalb des Bestands setzt jedoch voraus, dass klar ist, wie die Linienverkehre nach Inbetriebnahme der Straßenbahn ins Hubland geführt werden. Die Linienführung der Stadt- und Regionalbusse wurde zwar im Rahmen des Verfahrens zur Planfeststellung durch die festgelegten Infrastrukturmaßnahmen an der Trasse vorkonzeptioniert, ist aber im Umgriff noch nicht vollständig festgelegt. Sobald eine diesbezügliche Festlegung erfolgt ist, kann eine Konkretisierung weiterer Umsteigepunkte erfolgen. In diesem Kontext kann dann gegebenenfalls auch eine Optimierung am Busbahnhof erfolgen, da einige Busse durch die neue Straßenbahn ins Hubland ersetzt werden.

Etablierung funktionierender Umsteigebeziehungen zwischen Stadt und Regionalverkehr – Abstimmung der Fahrpläne zwischen den verschiedenen Verkehrsunternehmen

Das Ineinandergreifen der Regionalbusverkehre mit dem Stadtverkehr, sowie dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist essentiell für ein funktionierendes ÖPNV System, da ein Großteil des Verkehrsaufkommens in Würzburg von Einwohnern des Umlands generiert wird.

Aus diesem Grund wurde in einem gemeinsamen Termin am 17.05.2023 zwischen dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg, der WSB und der Stadt Würzburg eine Strategie für die künftige Organisation der Anschlussbeziehungen vereinbart.

So sollen künftig feste Anschlusspaare zwischen Straßenbahn und Regionalbus definiert werden, wobei der Regionalbus über das rechnergestützte Betriebsleitsystem automatisch zum Warten aufgefordert wird, sofern die verknüpfte Straßenbahn verspätet ist. Dabei werden feste Übergangszeiten für den Umstieg definiert. Es wird derzeit überprüft inwieweit und wo eine Verknüpfung in Schwachlastzeiten (z.B. sonntags) sinnvoll und möglich ist.

Dieses System soll ab dem 12.09.2023 nach den Sommerferien mit der Taktverdichtung der Straßenbahn zunächst an der Haltestelle „Bürgerbräu“ erprobt werden. Weitere Verknüpfungspunkte, wie die Haltestelle „Sanderring“ sollen folgen. Im Erprobungszeitraum sollen insbesondere die im Konzept fixierten festen Zeitbeziehungen zwischen den verknüpften Fahrten erprobt werden.

Im Zuge der Inbetriebnahme der Taktverdichtung der Straßenbahn werden nach Möglichkeit

auch die Anschlussbeziehungen zu den Regionallinien – insbesondere in der Schwachlastzeit – an das neue Konzept angepasst. Hier ist von Vorteil, dass das neue Straßenbahnkonzept auf einem Grundangebot aufbaut, das an jedem Wochentag gleich verkehrt und das modular, z.B. zu den Verkehrsspitzen morgens, mittags und abends verdichtet wird.

In diesem Kontext gilt es auch die Anschlussbeziehungen zu priorisieren, da aufgrund der durch den Linienverlauf vorgegebenen Fahrzeit zwischen den Haltstellen bei mehreren Verknüpfungsstellen technisch meist nur auf eine Haltestelle optimiert werden kann.

Eine Anschlussoptimierung auf den SPNV ist nur begrenzt möglich, da hier keine sauberen Taktverkehre angeboten werden. Die Taktlagen weichen oft um mehrere Minuten ab, so dass nur eine indirekte Kopplung mit dem Stadtverkehr möglich ist, der jeweils minutengleich abfährt.

Sitzungsvorlage Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage: StabL/020/2023
		öffentlich

Fachbereich:	S - Stabsstelle Landrat	Datum:	10.06.2023
Bearbeiter:	Herr Dröse	AZ:	S-IKA 2023/2 Antrag

Betreff:

Antrag: Für einen Bahnhofspunkt Würzburg-Nord/Gerbrunn

Anlage/n: Interfraktioneller Antrag vom 06.06.2023

Sachverhalt:

Mit Mail vom 06.06.2023, zuletzt geändert durch Mail vom 06.06.2023, eingegangen 22:40 Uhr, wurde beigefügter interfraktioneller Antrag bei Herrn Landrat Thomas Eberth eingereicht.

Die verschiedenen Fraktionen in Kreistag und Stadtrat sowie ein Stadtratsmitglied ZfW haben neben der Begründung auch folgenden Antrag formuliert:

Der interkommunale Ausschuss spricht sich für den Bau eines Bahnhofspunkts „Würzburg-Nord/Gerbrunn“ im Bereich der Überführung der Kitzinger Straße über die Bahnstrecke Würzburg-Rottendorf im Rahmen des viergleisigen Ausbaus der Bahnstrecke aus. Landrat Eberth und Oberbürgermeister Schuchardt legen dem Kreistag bzw. Stadtrat rechtzeitig vor der nächsten IKA-Sitzung entsprechende Beschlüsse zur Abstimmung vor und setzen sich bei den zuständigen Stellen von Bund, Bahn, Freistaat für den Bau des Haltepunkts ein.

Zur Begründung wird auf beigefügten Antrag verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Interkommunale Ausschuss spricht sich für eine Initiative zur Prüfung zum Bau eines Bahnhofspunkts „Würzburg-Nord/Gerbrunn“ im Bereich der Überführung der Kitzinger Straße über die Bahnstrecke Würzburg-Rottendorf im Rahmen des viergleisigen Ausbaus der Bahnstrecke aus.